

Investitionen auf dem Prüfstand

GEMEINDERAT Sondersitzung in Alteglofsheim beschlossen: Kostet der Skandal im Abwasserverband die Gemeinde 1,6 Millionen Euro?

ALTEGLOFSHEIM. Im Mittelpunkt der jüngsten Sitzung des Gemeinderats standen zwei Anträge der Freien Christlichen Wähler im Zusammenhang mit dem Abwasserverband Pfattertal. Während eine Sondersitzung zur Überprüfung des Finanz- und Investitionsplans der Gemeinde einstimmig beschlossen wurde, wurde der zweite Antrag auf Rechtsschutz gegen Forderungen von der Tagesordnung abgesetzt, da darüber bereits in der vergangenen Sitzung entschieden worden war.

Bauanträge befürwortet

Beim Tagesordnungspunkt bauliche Angelegenheiten wurde alle Anträge einstimmig befürwortet, auch wenn Abweichungen von den Bebauungsplänen beantragt worden waren. Entscheidend war stets die Zustimmung der Nachbarn.

Angesichts der Belastungen für den Etat der Gemeinde, die sich aus den Verpflichtungen gegenüber dem Ab-

wasserverband ergeben, befüchtet werden 1,6 Millionen Euro, beantragten die Freien Christlichen Wähler eine Sondersitzung zur Überprüfung der Investitionsplanung der kommenden Jahre, als Beispiel angeführt die Urnenwand.

Heinrich Ettl zeigte sich „verwundert“, weil die Zahlen bereits bei der Haushaltsdebatte bekannt gewesen seien und „man nicht alles infrage stellen“ könne. Josef Schambeck bezeichnete das als „vorausseilenden Gehorsam“. Im Übrigen sei die Urnenwand nötig: „Das Interesse für Urnenbestattung wird immer größer“.

Bürgermeister Helmut Stiegler stellte fest, dass „nichts Neues am Laufen“ sei, für die Urnenwand wurden keine Ausschreibungen gemacht. Er sprach sich für eine Sitzung aus, wenn „es genug konkret ist“. Einstimmig wurde der Antrag angenommen, ohne Festlegung eines Termines oder des Gremiums: Gemeinderat oder Haushaltsausschuss. Der während der Sitzung durch Gemeinderat Reinhard Lichtenegger gestellte Antrag auf einen Termin noch im Juli wurde mit 5:10 Stimmen abgelehnt.

Zum zweiten Antrag hinsichtlich einer „unverzüglichen“ Beauftragung eines qualifizierten Rechtsanwalts zur Abwehr finanzieller Nachteile stellte

der Bürgermeister fest, dass derzeit eine Rechtsgrundlage dazu fehle. Zunächst müsse ein Beschluss oder Bescheid des Zweckverbands vorliegen, darüber hinaus sei es aus Kostengründen zweckmäßig, wenn sich dazu alle fünf Gemeinden zusammenschließen sollten. Außerdem sei er auf der Suche nach einem qualifizierten Rechtsanwalt bisher nicht fündig geworden.

Bevor es zu einer Diskussion kam, stellte Gemeinderat Wolfgang Jobst fest, dass sein Antrag nur nachträglich zur vergangenen Sitzung schriftlich gestellt worden war und damals bereits einstimmig beschlossen worden sei. Daraufhin wurde der Tagesordnungspunkt abgesetzt.

Keine Äußerung zum Schulverbund

Aufgrund der Erweiterung der Rechtsgrundlagen wurde die Erschließungsbeitragssatzung (EBS) von 1991 ohne textliche Änderungen neu erlassen. Zu den Organisationsänderungen an den Volksschulen im Schulverbund Landkreis Regensburg-Süd erfolgt keine Stellungnahme. Dabei geht es um die Schulsprengelaufteilung und Änderungen der Schulverbände Alteglofsheim-Köfering sowie Aufhausen-Sünching. Für die Verbandsorganisation ist Schulleiterin Elisabeth Frick zuständig, hieß es. *(lwk)*